

NIEDERSCHRIFT

aufgenommen über die am 31. Oktober 2021 in der Volksschule Wimpassing an der Leitha um 10:00 Uhr abgehaltene Sitzung des Gemeinderates von Wimpassing an der Leitha.

Anwesende: Bürgermeister Ernst Edelmann
Vizebürgermeister DI (FH) Thomas Menitz

Mitglieder des Gemeinderates: Dr. Hans Ackerbauer, Teresa Artner-Lavender, Ing. Friedrich Schmidt, Josefa Blümel, Alexander Eibeck, Lisa Eibeck, Karin Eibeck, Gerald Nigischer, Herbert Weiss, Jelenko Georg, Marion Pöschl, Mst. Stefan Neubauer, Kerstin Binder, Ingrid Jambrits-Wenz – Insgesamt 16 Gemeindemandatäre anwesend.

Als entschuldigt fehlen: Mag. Roland Tschiedel, Christoph Leitgeb, Matthias Rysavy
Beglaubiger: Theresa Artner-Lavender, Gerald Nigischer
Schriftführerin: VB Eva Leitgeb, VB Ramona Wady
Zuhörer: Klein Jürgen, Klein Eva, Radatz Raoul, Pinzger Manfred, Tschiedel Hans, Lippel Josef, Hönigsberger Franz, Hönigsberger Martina, Kauper Johann

Der Bürgermeister begrüßt als Vorsitzender die Erschienenen und stellt anhand der Einladung fest, dass die Einladung sämtlicher Gemeinderatsmitglieder ordnungsgemäß erfolgt ist, die Tagesordnung für die Sitzung des Gemeinderates gleichzeitig mit der Zustellung der Einberufung an der Amtstafel der Gemeinde öffentlich kundgemacht wurde und die Sitzung auch beschlussfähig ist. Die Gemeinderatssitzung wird aufgezeichnet.

Bgm. Edelmann berichtet, das Sitzungsprotokoll vom 29.09.2021 konnte nicht fertiggestellt und zur Prüfung bereitgestellt werden. Die Niederschrift konnte aus diversen Gründen der Verwaltung nicht fertiggestellt werden. Bgm. Edelmann schlägt vor, in der nächsten Gemeinderatssitzung zwei Protokolle zu genehmigen. Da niemand dagegen ist, werden in der nächsten Sitzung zwei Protokolle genehmigt.

TAGESORDNUNG

1. Antrag der ÖVP gem. § 36 Abs. 2 Bgld. GemO 2003 über die „Abhaltung einer Volksbefragung zur Umwidmung von Grünland in einen Eignungszone für Photovoltaik Anlagen“
2. Allfälliges

- 1. Antrag der ÖVP gem. § 36 Abs. 2 Bgld. GemO 2003 über die „Abhaltung einer Volksbefragung zur Umwidmung von Grünland in einen Eignungszone für Photovoltaik Anlagen“**

Bgm. Edelmann verliest den Antrag der ÖVP:
Einberufung des Gemeinderates zu einer Sitzung:
Abhaltung einer Volksbefragung zur Umwidmung von Grünland in eine Eignungszone für Photovoltaikanlagen.

Begründung: Bei der Gemeinderatssitzung vom 01.07.2021 und 04.09.2021 hat die ÖVP-Fraktion Anträge zur Abhaltung einer Volksbefragung gestellt. Beide wurden mehrheitlich abgelehnt, obwohl öffentlich beteuert wird, dass man sich einer Volksbefragung, wenn die Rahmenbedingungen und die Fragestellung passen, nicht verwehren wird. Da die Veranlassung einer Volksbefragung in den Wirkungsbereich des Gemeinderates fällt, fordern wir nun dieses Bekenntnis zu direkter Form der Demokratie von allen Parteien ein. Es ist der ausdrückliche Wunsch von mehr als 27 % der Wimpassinger BürgerInnen, dass der Gemeinderat zu einer entsprechenden Vorgehensweise schreitet und das Mitbestimmungsrecht aller sicherstellt. Wenn ein klares Bekenntnis der im Gemeinderat vertretenen politischen Fraktionen vorhanden ist, wird man auch gemeinsam in der Lage sein eine Fragestellung zu formulieren, welche einer externen Prüfung standhält und es den BürgerInnen ermöglicht im eigenen Ermessen über diese Umwidmung abzustimmen. Wir stellen daher den Antrag, die fristgerechte Einberufung der Gemeinderatssitzung laut §36 Abs. 2 und zu diesem Thema eine Entscheidung zu treffen. Die Hand zur Zusammenarbeit bei diesen wie vielen wichtigen Projekte ist seitens der ÖVP ausgestreckt und wir hoffen, dass eine gemeinsame Lösung möglich ist. Mit freundlichen Grüßen

Bgm. Edelmann übergibt das Wort an Vizebürgermeister Menitz.

Vzbgm. Menitz: Es freut mich, dass heute so viele Zuhörer anwesenden sind. Es schaut so aus, als ob der Sonntagstermin immer interessanter wird und mehr Interesse anzieht.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates!
Auf Verlangen der ÖVP kommen wir heute zu dieser Sitzung zusammen, um ein weiteres Mal über die Abhaltung der Volksbefragung zur Umwidmung von wertvollen Ackergebiet auf Photovoltaikflächen abzustimmen. Wir machen das nicht aus Jux und Tollerei, oder weil uns nichts Besseres einfällt. Für uns ist es weiterhin ein sehr, sehr wichtiges Thema. Wir sind überzeugt, dass alle WimpassingerInnen das Recht haben sollen, durch ihre freie Meinungsäußerung dem Projekt zuzustimmen oder es abzulehnen. Immerhin geht es um die größte Freiflächenanlage in ganz Österreich, die aktuell in der Planung und auch – sollte das alles durchgehen – in der Umsetzung steht. Das alles findet direkt vor unserer Haustür und in einer jetzt noch freien Natur statt. Da kann und darf man einfach nicht zur Tagesordnung übergehen. Das ist auch der Grund, warum wir uns so hartnäckig für diese Volksbefragung einsetzen. Die Gemeinde hat jetzt bereits drei Informationsveranstaltungen durch die Energie Burgenland abgehalten, wo man sich über dieses Projekt einen Ein- und Überblick machen konnte. Allerdings kamen bis jetzt nur die Profiteure zu Wort und das sind in diesem Fall die Energie Burgenland und die Esterhazy Stiftung. Ich selbst war bei der ersten Veranstaltung nicht dabei. Bei den letzten zwei Veranstaltungen ist mir aufgefallen, dass es noch sehr viele offene Fragen gegeben hat. Es wurde sehr viel debattiert und es gibt Bedenken. Es gibt Dinge die noch nicht geklärt sind und das zeigt, dass sehr große Zweifel vorhanden sind. Bei einem Projekt in dieser Größe, welches es in ganz Österreich noch nicht gibt, ist verständlich das es noch Bedenken gibt und nicht nur Vorteile. Man muss es gesamtheitlich betrachten. Deswegen hoffen wir, dass die SPÖ und die FPÖ zu einem Konsens bei diesem wichtigen Projekt bereit sind und dass auch das eintritt, was der Herr Bürgermeister in der letzten Aussendung versprochen hat. Ich zitiere: „Anzumerken ist, dass sich die SPÖ keinesfalls gegen eine Volksbefragung verwehrt, jedoch alle rechtlichen Rahmenbedingungen und alle letzten Bedingungen einer solchen erfüllt werden müssen.“ Bei unserer Antragsabgabe war es noch nicht ganz klar, jetzt ist es aber

so, dass eine Fragestellung vorliegt, die von der Landesregierung der Abteilung 2 geprüft worden ist. Diese hat die Fragestellung schriftlich bestätigt, dass die Anforderungen erfüllt wurden. Somit spricht aus unserer Sicht nichts mehr gegen eine Volksbefragung – ausgenommen man fürchtet sich vor den Meinungen der WimpassingerInnen. Aber hier stellen wir uns die Frage, wovor man sich fürchtet. Eine Volksbefragung wird kommen, das steht außer Frage. Je mehr Widerstand in diesem Gremium entsteht, umso mehr stellt sich die Frage, ob es etwas zu verbergen gibt oder nicht alles am Tisch liegt. Wir sind der Meinung und das ist der Grund warum wir noch nicht zu einer Unterschriftenaktion gegangen sind, sondern auch hier dem Gremium die Chance geben wollen, noch einmal Stellung dazu abzugeben und vielleicht doch noch einen Konsens finden. Aus unserer Sicht spricht nichts dagegen. Es wird zu einer Volksbefragung kommen. Je größer die Zweifel sind und das sieht man auch an der Anzahl der Zuschauer die heute da sind, werden nach außen getragen und das trägt nicht zu einer positiven Darstellung dieses Projektes bei. Kurz noch einmal zum Abschluss, weil das ist der Grund warum wir heute hier sind: Wir wollen noch einmal im Gemeinderat debattieren über dieses Thema. Es geht uns hier nicht um ein pro und contra zu dieser Anlage, weil das haben wir in den zwei Tagen dort sehr ausführlich diskutiert. Sondern es geht darum, dass wir eine Volksbefragung initiieren und die WimpassingerInnen die Chance haben sich diesem Projekt zu äußern. Vzbgm. bedankt sich.

Bgm. Edelmann bedankt sich und fragt, ob es dazu Wortmeldungen gibt.

GR Eibeck Lisa bringt eine Stellungnahme der SPÖ vor.

Geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte! Liebe Wimpassingerinnen und Wimpassinger!

Wir diskutieren heute im Gemeinderat zum zweiten Mal einen Antrag der ÖVP für eine Volksbefragung zum Freiflächen-Photovoltaik-Projekt „Sonnenpark Wimpassing“. Zuerst kurz zum Projekt: Die Photovoltaik-Freifläche ist auf einer Ackerfläche mit rund 50 ha zwischen Wimpassing und Hornstein geplant. Diese Eignungszone wurde von verschiedensten Sachverständigen bezüglich Umweltverträglichkeiten, Umweltschutz, Wasserschutz etc. im Zuge des Eignungsverfahrens ausführlich geprüft und mit zureichender positiver Stellungnahme genehmigt. Dadurch war es überhaupt erst möglich, den Antrag der Energie Burgenland für eine entsprechende Widmung an den Gemeinderat mit einem Grundsatzbeschluss im Gemeinderat mehrheitlich zu beschließen. In diesem Sonnenpark werden österreichische Produkte verwendet, die dem aktuellen Stand der Technik und dem Umweltgedanken entsprechen. Ein sehr wichtiger Punkt ist, dass im Sonnenpark kein einziger Zentimeter Boden für die Aufstellung der Paneele versiegelt wird. Umgeben wird der Sonnenpark von einem Grüngürtel und keinem statischen Zaun, sodass auch die Tierwelt nicht beeinträchtigt wird. Im Gegenteil, die Zwischenräume, welche mindestens 50 % der Gesamtfläche betragen, können beispielsweise als Weidefläche für Nutztiere oder als Wohnbereich für Niederwild dienen. Außerdem ist eine landwirtschaftliche Nutzung durch den großen Freiraum zwischen den Photovoltaikpaneelen sehr gut möglich -Stichwort Agri-PV. Dies soll die Biodiversität der benutzten Freiflächen steigern und Insekten, wie beispielsweise Bienen zur Ansiedlung animieren. Verschiedenste Möglichkeiten werden gerade geprüft und bei einer der nächsten Präsentationen vorgestellt. Uns, der SPÖ Wimpassing, ist es bewusst, dass das Projekt sehr innovativ ist und es viele kritische Stimmen dazu gibt. Uns ist auch bewusst, dass ein Sonnenpark in dieser Größe eine wohlüberlegte Entscheidung braucht. Wir sind uns der Verantwortung als

Entscheidungsträger der Gemeindeverwaltung im Klaren. Auch die Tragweite der Freiflächen-Photovoltaikanlage ist uns bewusst, sowohl für die GemeindebürgerInnen, die Gemeinde und die Zukunft unseres Planeten. Konkrete und sofort spürbare Auswirkungen hat der Sonnenpark Wimpassing allerdings auf die Gemeindefinanzen. Seit der vergangenen Gemeinderatswahl 2017 stellt die SPÖ erstmals, nach 31 Jahren ÖVP, den Bürgermeister in Wimpassing. Die Gemeinde ist finanziell gesehen, positiv ausgedrückt, nicht in ihrer Blütezeit. Sie hat so gut wie keine Möglichkeit, innovative Projekte im Sinne der GemeindebürgerInnen und zur Aufwertung der Infrastruktur auf den Weg zu bringen, da schlichtweg das Geld dazu fehlt. Man hält sich also über Wasser und versucht, durch kluges Wirtschaften Schritt für Schritt eine Besserung zu erreichen. Durch den Sonnenpark Wimpassing würde die Gemeinde jährlich ca. EUR 38.000,00 an Ertragsanteilen erhalten. Auf die Laufzeit wären das ca. EUR 1,45 Mio. Auch die BürgerInnen würden von diesem Projekt profitieren. Durch diverse Angebote wie: Sonnen-Max und Sonnen-Marie, das Sonnen-Abo, eine gut bezirkte Bürgerbeteiligung und die sogenannte „Erneuerbare Energiegemeinschaft“ können sich die BürgerInnen bis zu EUR 200,00 Energiekosten pro Jahr ersparen. Durch den Bau des Sonneparks könnten wir also nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, sondern auch das Gemeindebudget und das Budget der Wimpassinger Haushalte positiv beeinflussen. Dadurch kann die Handlungsfähigkeit der Gemeinde gesteigert werden. Selbstverständlich ist uns als Sozialdemokratische Partei die Meinung der GemeindebürgerInnen ein großes Anliegen. Wir sind darüber hinaus sehr stolz, dass uns die WimpassingerInnen ihr Vertrauen entgegenbringen und wir werden damit auch respekt- und verantwortungsvoll umgehen. Wir wollen mit Bedacht entscheiden und das Beste für unsere Gemeinde und alle BürgerInnen erzielen. Über das Projekt Sonnenpark Wimpassing muss die Bevölkerung ausreichend, das heißt lückenlos und vor allem sachlich an weiteren Informationstagen und durch zusätzliche Informationskampagnen, informiert werden. Daher ist es aus unserer Sicht jetzt nicht der richtige Zeitpunkt für eine Volksbefragung. Ein weiterer, wichtiger Punkt ist die Fragestellung zu der die GemeindebürgerInnen bei der Abgabe ihrer Unterschriften, durch die Unterschriftenaktion zur Volksbefragung der ÖVP, befragt worden sind. Diese Fragestellung wurde in der Stellungnahme der Landesbehörde für nichtausreichend bestimmt befunden und war somit nicht zulässig. Die ÖVP verlangt nun vom Gemeinderat, eine neue Frage zu beschließen, die schlussendlich bei einer eventuellen Volksbefragung gestellt wird, ohne die GemeindebürgerInnen darüber im Vorfeld richtig zu informieren. Schon bei der ersten Gemeinderatssitzung zu diesem Thema wurde seitens der SPÖ festgehalten, dass diese Vorgangsweise nicht befürwortet wird. Erst wenn die Bevölkerung vollständig informiert ist und sich ein ausgewogenes Bild machen kann, und wenn alle rechtlich erforderlichen Schritte erfüllt werden, kann ein solches Vorhaben angedacht werden. Darum können wir den vorliegenden Antrag nicht zustimmen. Sollte der Antragsteller die Meinung vertreten, dass eine Volksbefragung zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll wäre, steht es ihm nach dem burgenländischen Volksrechtsgesetz frei, diese zu initiieren. Für uns stehen die Gemeinde Wimpassing und ihre BürgerInnen an erster Stelle. Genau aus diesem Blickwinkel betrachten wir dieses Vorhaben. Es überwiegen aus unserer Sicht die Vorteile für die Gemeinde, für die GemeindebürgerInnen und für die Umwelt. Wir wurden gewählt, um unsere Gemeinde voranzubringen. Wir wollen unsere Gemeinde auf eine sichere finanzielle Basis stellen, um Wimpassing weiterzuentwickeln und das Wohlbefinden unserer Gemeinde weiterhin garantieren zu können. Wir wollen unserer Gemeinde etwas Gutes tun.

Bgm. Edelmann: Ich möchte auch noch kurz Stellung beziehen. Wir haben 3 Informationstage bis dato veranstaltet. Am ersten Tag waren ca. 100 Personen anwesend. Am zweiten und dritten Tag waren zusammengefasst ca. 65 Personen anwesend. Die letzten zwei Informationstage wurden unter Energietage Wimpassing titulierte. Hier hat man gesehen, dass das Interesse groß ist. Wir konnten teilweise aufklären und teilweise offene Fragen und Punkte erklären. Wir konnten zwischen den verschiedensten Gruppen Brücken schaffen und eben auch ein gewisses Verständnis für diese Freiflächenphotovoltaik bei der Bevölkerung pflanzen. Ich habe das Gefühl, dass bei allen Gesprächen bis dato immer die 50 ha im Vordergrund waren. Ja, die Fläche ist immens groß. Es ist nach wie vor so und das ist der Kernpunkt warum ich als Bürgermeister und die SPÖ dafür sind - das Ziel ist die Agri-PV dieses Sonnenpark. Das heißt die Doppelnutzung. Die Hälfte, ca. 25 ha, stehen für die landwirtschaftliche Nutzung bereit. Aus unserer Sicht und aus Sicht vieler anderer Menschen, mit denen ich gesprochen habe, befürworten wir die Doppelnutzung. Nur muss das auch entsprechend kommuniziert werden und man muss entsprechende Menschen ins Boot holen, die das auch tatsächlich landwirtschaftlich Nutzen können und wollen. Da sind wir gerade dabei. Wir haben Anfang Dezember eine weitere Informationsveranstaltung angedacht. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte auch eine entsprechende Visualisierung da sein und auch entsprechende Partner, die diese Freiflächen auch tatsächlich landwirtschaftlich nutzen können. Ich gehe davon aus, dass wir das bis dorthin schaffen. Daher bin ich auch der Meinung, dass eine Volksbefragung ohne, dass wir genau im Detail wissen: wie es landwirtschaftlich genutzt wird, wer das bewirtschaftet, was in dieser Causa landwirtschaftlich angebaut wird, wie die GemeindebürgerInnen bzw. die Wimpassinger Landwirte davon profitieren können usw. Aus heutiger Sicht ist der Zeitpunkt viel zu früh, um eine entsprechende Volksbefragung durchzuführen. Es sind 166 Personen der Bevölkerung informiert, welche an den Informationstagen anwesend waren. Es ist mir ein großes Anliegen, dass die Bevölkerung ausreichend, sehr intensiv und sachlich darüber informiert wird, damit sie am Ende des Tages auch darüber sachlich und emotionsfrei entscheiden kann.

Vzbgm. Menitz bedankt sich für die Darstellung von Bgm. Edelmann.

Vieles ist richtig und auf die Stellungen werde ich nicht näher eingehen, da dies zu lange dauern würde. Es ergeben sich für mich zwei Fragen. Du sagst in deiner Aussendung, dass jetzt nicht der richtige Zeitpunkt ist. Wann ist der richtige Zeitpunkt? Diese Frage stellt sich die ÖVP. Wir haben dies auch schon im Vorstand diskutiert. Es hat ja einen Grund, warum wir das jetzt machen und warum wir hier so vehement dahinter sind. Es liegt jetzt im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde, eine Entscheidung herbeizuführen. Wenn die Stellungnahmen aller da sind, das Raumplanungsbüro es absegnet und in weiterer Folge der Gemeinderat dem zustimmt, hat dieses Gremium hier keinen Einfluss mehr auf die weitere Vorgehensweise. Somit kommt dieses Projekt. Wir wissen auch, wie lange ein Fristenlauf dauert. Dieser kann 6 oder 8 Monate lang dauern. Dadurch so ein hohes Interesse seitens der Landesregierung, der Energie Burgenland und auch der Gemeindeführung dahinter ist, kann man davon ausgehen, dass man versucht dies so schnell wie möglich ins Trockene zu bringen. Dann hilft es uns nichts mehr zu sagen, dass wir eine Volksbefragung brauchen. Dann geht es nicht mehr und wir haben es nicht mehr in der Hand. Aus diesem Grund möchten wir nicht viel Zeit verlieren. Andererseits können wir jetzt beschließen eine Volksbefragung zu machen. Der Zeitpunkt für eine Befragung liegt ebenfalls in unserer Entscheidungsbefugnis. Ihr sagt richtig, es muss mehr informiert werden. Es gehören auch sachliche

Argumente. Wie schon gesagt hat bis jetzt die Energie Burgenland gesprochen und der Esterhazy. Ich habe versucht über eigene Stellen Auskunft bzw. Informationen zu bekommen. Ich habe mit unterschiedlichen Unternehmen, Universitäten und der Landwirtschaftskammer gesprochen. Ich wollte Studien haben – Langzeitstudien über die Größe solcher Flächen. Kein Mensch kann mir das geben. Jeder hat gesagt, dass es mit Anlagen dieser Größe keine Erfahrungen gibt. Es ist richtig, dass bei kleineren Anlagen die Biodiversität super ist. Man findet auch schnell jemand der für 2 ha seine Tiere unterstellt. Jedoch kann uns für die 50 ha keiner in Österreich sagen, welche Langzeitauswirkungen es geben wird. Wenn die Anlage da ist, stellt sich die Frage nicht mehr, weil wir dann die Auswirkungen haben. Deswegen muss dies alles klar und offen im Vorhinein diskutiert werden. Die WimpassingerInnen sollen darüber entscheiden, ob sie diese Anlage möchten oder nicht. Wann wird die Bevölkerung ausreichend informiert sei? Nach der 7. und 8. Vorstellung der Energie Burgenland, nachdem sie immer wieder die gleiche Präsentation herunterspult. Beim nächsten Mal wird man auf die Biodiversität und Agri-PV-Anlagen schauen. Das klingt in der Theorie super, hat jedoch noch nicht mit Pächtern gesprochen. Man weiß noch nicht, was gemacht wird. Mich würde auch der Zeitplan interessieren. Die Energie Burgenland hat gesagt, die Planung im Frühjahr 2022 abzuschließen. Dann könnte das Projekt 2023 realisiert werden. Es steckt ein ungefähre Zeitplan dahinter. Alle diese Frage gehören vorher beantwortet. Trotzdem sind wir der Meinung, dass du lauter Vorteile auszahlst. Warum fragt man nicht die Leute, wenn die Vorteile am Tisch liegen. Es müsste eine überwältigende Mehrheit bei der Befragung herauskommen. Deswegen stellt sich die Frage, warum wir diese Befragung nicht machen - eventuell nach der nächsten Informationsveranstaltung. Oder wenn man sich vielleicht vorher mit Experten zusammensetzt und nicht nur mit den Profiteuren. Bevor es zu einer ultimativen Befragung im Gemeinderat kommt, könnte man eine Volksbefragung im z.B. Februar machen. Wir können das beschließen und brauchen nicht die ÖVP oder die Unterschriftensammlung dazu. Wir werden die Unterschriften sammeln, auch wenn wir jetzt dagegen stimmen und wir werden sie auch bekommen. Das heißt, wie ich es in der Vorstandssitzung bereits gesagt habe, dass das Endergebnis bereits daliegt – es wird die Volksbefragung geben. Die Frage ist, ob wir gemeinsam planen. Ihr sagt die Bevölkerung ist ausreichend informiert und es sind die Vorteile da. Somit können wir die Befragung jetzt durchführen – jetzt ist der richtige Zeitpunkt. Wir werden immer wieder für die Volksbefragung sein, egal wann der Zeitpunkt ist. Wir stellen uns nur die Frage, warum wir es nicht machen?

GR Weiss fragt, wie die ausgearbeitete Frage lautet.

GR Pöschl: Es ist interessant, dass am Anfang von 123 ha die Rede war. Später waren es nur mehr 60 ha und jetzt sind es 50 ha. Es geht hier um eine Fläche von 70 Fußballfeldern. Damals wurde gesagt, dass die Gemeinde EUR 15.000,00 bekommt. Danach hieß es, wir bekommen EUR 18.000,00 und mittlerweile bekommen wir schon EUR 35.000,00. Vielleicht sollte man noch abwarten, was noch alles kommt.

Bgm. Edelman: Diese 120 ha waren im Zonierungsplan vorgesehen. Dies umfasst das Gemeindegebiet Wimpassing und Hornstein. Dazu gab es entsprechende Workshops. Ich selbst war überrascht, da ich zu diesem Thema nichts wusste – weder zum Thema noch zur Größe. Am Workshop wurde die Zonierung präsentiert. Als Vertreter der Gemeinde durfte ich sprechen. Ich habe gefragt, wie sich die Herrschaften eine Anlage auf 120 ha vorstellen. Auf 20 ha unter dem Leithagebirge

war ursprünglich eine Trockenwiese. Dies wusste ich aufgrund diverser Erzählungen und sagte, dass sie diese 20 ha von der Zonierung streichen sollen. Dies ist nun als Ersatzpflanzungsbereich ausgewiesen. Um den Naturschutz zu unterstützen, wird hier vom Betreiber eine entsprechende Trockenwiese angelegt. Danach sind knapp 100 ha übriggeblieben. Dann ist die Gemeinde Hornstein zu Wort gekommen und sagte, dass wir von deren Gebiet mindestens 500 m hineinrücken müssen. Daraus ergab sich eine Fläche von ca. 80 ha. Dann habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet und den regen Wildwechsel im Leithagebirge kundgetan. Somit müssen in dieser Eignungszone auch entsprechende Flächen für eine Wildwechselzonen gegeben werden. Darum sind es am Ende des Tages 63 ha geworden. Die Gemeinde Hornstein hat sich dagegen ausgesprochen und somit sind es nur noch 50 ha. Dies ist die Chronologie. Einfach zu behaupten, es sind 120 ha und dann plötzlich nur noch 50 ha, ist nicht in Ordnung und Falsch.

GR Ackerbauer möchte zum Punkt kommen. Es gibt offensichtlich keinen Konsens. Wenn die ÖVP dagegen ist, sollte diese ebenfalls eine Veranstaltung mit allen Gegnern und Argumenten machen. Er versteht nicht, warum die ÖVP keine Veranstaltung macht.

GR Pöschl antwortet, dass die ÖVP nicht gegen Photovoltaikanlagen ist. Die Fraktion möchte dies nur nicht auf Ackerland. Frau Gewessler schreibt vor, dass es möglich ist die Dachflächen vor den Ackerflächen zu bebauen. Sie war ebenfalls auf der Veranstaltung und hat gefragt, warum nicht sämtliche Flächen auf Dächern ausgeschöpft werden. Hier sollte gefördert werden. Die SPÖ oder das Land Burgenland möchte ein Prestigeprojekt in dieser Größe. Sie findet es traurig, dass das auf Ackerland passiert. Sie betont, dass die ÖVP nicht dagegen ist. Sie wollen nur die Wimpassinger mitreden lassen. Sehr viele Stimmen wollen dieses Projekt nicht und das muss man so akzeptieren.

GR Ackerbauer meint, dass die Leute gar nicht daran interessiert sind. Man würde dies anhand der Besucheranzahl der Veranstaltungen sehen. Dies wäre seine Interpretation.

GR Binder sagt, dass die Uhrzeit nicht gerade optimal war.

GR Ackerbauer stimmt zu. Jedoch waren inzwischen 3 Veranstaltungen und bei Interesse hätte man eine davon besuchen können.

Bgm. Edelmann: Ich möchte noch etwas Wesentliches bezüglich der Dachflächen sagen. Die Ambitionen sind sehr groß, dass man die Dachflächen verbaut. In Wimpassing gibt es, Stand 01.01.2021, 38 PV-Flächen auf den Dächern. Seit dem Frühjahr gibt es die Aktionen von Sonnen-Max und Sonnen-Marie. Dies wird mehrfach in die Bevölkerung getragen. Wir haben bis jetzt 4 Anmeldungen für zusätzliche PV-Flächen am Dach. (4 von 850 Häusern) Ich selber würde ebenfalls gerne eine haben. Es ist eine Kosten-/Nutzenabschätzung von jedem einzelnen Individuum. Es kann und will sich nicht jeder, eine PV-Anlage um EUR 10.000 – EUR 12.000 am Dach leisten. Auch wenn sich die Leute dies leisten können, kann es weitere Hürden geben – wie falsche Ausrichtung der Dächer, Statik, usw.. Wir als Gemeinde haben ebenfalls die Erfahrung am Bauhof gemacht. Hier ist es aus statischen Gründen nicht gegangen. Dieselben Probleme haben auch Private und somit ist man mit Mehrkosten konfrontiert. Aus meiner Sicht ist dies ein großes

Problem und somit kann man nicht auf Dachflächen setzten. Das muss parallel passieren.

GR Pöschl möchte hier einhacken. Sie fragt, warum das Land hierfür nicht mehr Förderungen vergibt, anstatt Millionen auf Ackerflächen zu investieren.

Bgm. Edelmann sagt, dass das Land bei diesem Projekt keinen Cent investiert.

GR Pöschl sagt, dass auch die Energie Burgenland den Privaten entgegenkommen könnte. Sie ist der Meinung, dass das Land Burgenland sehr wohl an der Energie Burgenland beteiligt ist.

GR Jelenko sagt, dies hat beides einen politischen Weg – man sollte bei Wimpassing bleiben.

GR Pöschl: Es geht um den Antrag. Wir möchten eine Volksbefragung, weil die ÖVP der Meinung ist, dass die Wimpassinger BürgerInnen mündig genug sind. Es waren bereits drei Veranstaltungen, wo sich die Bevölkerung informieren konnte. Im Sommer, bei der ersten Veranstaltung, wurden viele Fragen nicht beantwortet. Dieselben konnten auch jetzt nicht beantwortet werden, weil es keine Studien etc. gibt.

Bgm. Edelmann sagt, dass eine Studie bezüglich einer Anfrage weitergereicht wurde.

GR Weiss hat noch eine Frage. Der Mitarbeiter von der Bewag hat bzgl. der Dachflächen gesagt, dass es ein Problem mit der Rückleitung gibt, sprich mit den Leitungen.

GR Pöschl weiß, dass es eine wirtschaftliche Sache ist. Man muss die Infrastruktur aufbauen. Sie fragt sich, warum man nicht in diesen Bereich investiert. Aber dies muss hier nicht diskutiert werden. Die ÖVP hat einen Antrag zur Volksbefragung gestellt und glaubt, dass die Wimpassinger mündig genug sind darüber abzustimmen. Die Bevölkerung muss nicht sämtliche Vorteile bei jedem Vortrag vorgequatscht bekommen. Es können auch fragwürdige Sachen gesagt werden.

GR Weiss möchte noch etwas sagen. Das Problem der Dachflächen ist, dass es die Leistung nicht bringt.

Vzbgm. Menitz sagt, dass das Ziel 2030 ist. Der Vortragende hat gesagt, dass das Ziel zu kurz ist, um das gesamte Netz für die Einspeisung aller Dachflächen auszubauen. Herr Doskozil sagt das Ziel ist 2030 und die Bundesregierung sagt 2040. Mit 2040 vor Augen können wieder andere Alternativen eingesetzt werden.

Bgm. Edelmann sagt, dass die EU 2050 sagt.

Vzbgm. Menitz möchte den Gedanken von GR Weiss weiterspinnen. Hier ist ein sehr engstirniges Denke vorhanden, wenn man das Klimaziel 2030 erreichen will und sich andere Alternativen dadurch ausschließen.

GR Pöschl sagt, dass es die Angebote von Mäxchen und Marie schon länger gibt und man Förderungen beantragen kann. Sie ist der Meinung es wäre von Vorteil,

private Haushalte besser oder mehr zu fördern und das Geld in die Infrastruktur investiert. Somit könnte in das Netzwerk eingespeist werden, ohne jegliche Freiflächen. 70 Fußballfelder sind ein Wahnsinn.

Vzbgm. Menitz möchte die Frage verlesen, um diese in die Bevölkerung zu tragen und bei einer Unterschriftenaktion diese zu unterschreiben.

Die Frage lautet: Soll die Photovoltaikzone in der Gemeinde Wimpassing, ausgewiesen im Landesgesetzblatt Nr. 60/2021 Anlage 19, für die Errichtung von Photovoltaikfreiflächenanlagen dahingehend umgewidmet werden, dass in dieser Photovoltaikzone, Photovoltaikfreiflächenanlagen errichtet werden können? Ihr werdet euch fragen, warum die Frage so sperrig formuliert wurde. In unserem Gremium könnte gesagt werden, ob ihr die Photovoltaik wollt oder nicht. Aber dann ist es wie beim letzten Mal. Dann ist ein Formfehler hier und da und wird erneut zurückgeschickt. Deswegen müssen wir auf Punkt und Beistrich Acht geben und sicherstellen, dass die Fragestellung in jeglicher Hinsicht den Anforderungen entspricht.

Bgm. Edelmann: Ich höre die Frage heute zum ersten Mal und würde sagen, dass die Frage sachlich korrekt ist.

Vzbgm. Menitz bedankt sich.

GR Neubauer hat eine Frage zum Newsflash, welcher immer ausgeschickt wird. Es ist sehr interessant, dass dieser spätestens 2 Tage nach der Gemeinderatssitzung im Postkasten ist. Das Protokoll kann bis zur nächsten Sitzung jedoch nicht geschrieben werden. Unter anderem steht in diesem Newsflash: Anzumerken hierbei ist, dass sich die SPÖ keinesfalls gegen eine Volksbefragung verwehrt, jedoch alle rechtlichen Bedingungen einer solchen erfüllt werden müssen.

Bgm. Edelmann: Stellt fest, dass der Newsflash eine Parteiliche Aussendung der SPÖ Wimpassing ist und bittet diese parteiliche Aktion, sprich Flugblatt, nicht mit der Arbeit der Gemeindeverwaltung zu vermischen!

GR Neubauer fragt, ob dies parteilich sei.

GR Eibeck antwortet, dass das oben steht.

Bgm. Edelmann sagt ja. Das ist die SPÖ Wimpassing. Das ist eine parteiliche Aussendung. Dass du hier in diesem Gremium und in aller Öffentlichkeit meine Verwaltung diskreditierst, hiergegen muss ich mich verwehren. Es steht SPÖ Wimpassing oben.

GR Eibeck sagt, dass eindeutig SPÖ Wimpassing oben steht und nicht Gemeinde Wimpassing.

Bgm. Edelmann: Wir haben Mitarbeiter mit einem Recht auf Freizeit und Krankenstand. Und wir haben Mitarbeiter, die für die Gemeindeverwaltung zuständig sind. Wenn es einmal nicht so schnell geht, dann ist es so. Es gibt auch noch andere Tätigkeiten.

GR Pöschl: Sie versteht es und muss darüber lachen. Jetzt sieht man die Situation, weil man auf der anderen Seite sitzt. Dies wurde früher immer von der SPÖ kritisiert. Früher war nur Ing. Bauer und VB Neubauer in der Verwaltung. Die SPÖ hat immer nur bzgl. der Protokolle kritisiert. Jetzt sitzt die SPÖ auf der anderen Seite und hat auf einmal so ein großes Verständnis.

Bgm. Edelmann: Ich habe meine Hand schützend über meine Mitarbeiter gelegt.

GR Pöschl: Ich weiß was sie leisten. Aber darum geht es jetzt auch nicht und muss nicht diskutiert werden. Es ist jedes Mal so.

GR Neubauer möchte abstimmen.

Bgm. Edelmann fragt, ob es weitere Wortmeldungen gibt. Da dies nicht der Fall ist, stellt der Bürgermeister den Antrag:

Ich stelle den Antrag, den vorliegenden Antrag aufgrund der vorgetragenen Begründungen nicht zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis: 10 Stimmen dafür (Bgm. Edelmann, GR Eibeck A., GR Weiss, GR Eibeck K., GR Eibeck L., GR Zeilinger, GR Nigischer, GR Jelenko, GR Ackerbauer, GR Schmidt)

6 Stimmen dagegen (GR Artner-Lavender, Vzbgm. Menitz, GR Binder, GR Blümel, GR Neubauer, GR Pöschl)

Beschluss: Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

GR Pöschl: So viel zum Thema Glaubwürdigkeit in deiner Aussendung.

Beschluss 33/2021

2. Allfälliges

Bgm. Edelmann übergibt GR Weiss das Wort. Er möchte einen kurzen Bericht zur Sitzung des Seniorenbeirates abgeben.

GR Weiss: Es wurde vom Seniorenbeirat eine Sitzung einberufen. Leider gab es keine Rückmeldung oder Entschuldigung von Seiten der ÖVP. GR Ackerbauer hat sich aufgrund einer Krankheit entschuldigt. Somit gab es nur ein Treffen von GR Eibeck Karin und GR Weiss. Er hat Vzbgm. Menitz um die Bekanntgabe eines Seniorenbeirates gebeten - leider ohne Erfolg.

Es wurde ein Vorschlag für einen Besuch im Glashaus Kuchler für die Generation 60 + organisiert werden. Er fragt ob etwas dagegensprechen würde, wenn die Gemeinde den Eintritt in Höhe von € 5,-/- pro Person übernehmen würde.

Ein weiterer Punkt wäre eine Handy- und Tablet-Schulung für Senioren. Ein Mitarbeiter von A1 wird vor Ort sein und in Gruppen die Interessierten schulen. Dies wäre ein Vorschlag.

Vzbgm. Menitz meint, dass nichts dagegensprechen würde.

Bgm. Edelmann sagt, dass eine Aussendung an die Generation 60+ gemacht werden soll.

Vzbgm. Menitz: Wir hätten noch einen Punkt. Es betrifft wieder eine Diskussion, die bereits in der letzten Sitzung geführt wurde bzgl. den Gutscheinen und unserer getroffenen Vereinbarung. Es ist uns ein Anliegen, dies kundzutun. Das Informationsblatt der Gemeinde Wimpassing zu den Gutscheinen und den Corona 10er bzw. der Vereinbarung, die wir getroffen haben, nicht parteipolitisch zu besetzen, wurde untergraben bzw. mit Füßen getreten. Ich weiß, dass die Aussendung von dir als Bürgermeister und nicht von der Gemeinde kommt. Die Aussendung ist so dargestellt, dass du als Bürgermeister das Projekt soweit gerettet hast. Wir hätten dir alles zu verdanken. Eigentlich war es so, dass du bzw. die ganze SPÖ-Fraktion gegen diesen Corona 10er waren und die Wimpassinger durch die Finger geschaut hätten, wäre es damals zu so einer Abstimmung gekommen. Dies möchte ich unter Allfälligen noch einmal anbringen. Wir sind froh, dass das Projekt auf Schiene ist und rasch rausgegangen ist. Wir fragen uns trotzdem, weil wir uns damals den Handschlag gaben, ob der Handschlag zählt. Viele Leute haben die Gemeinderäte angesprochen und gesagt, dass das der Herr Bürgermeister gut gemacht hat. Wenn man jedoch weiß, was dahintersteht, entspricht es nicht ganz den Fakten.

GR Pöschl: Dahinter steht, dass das eine Idee der ÖVP war und diese auch von der ÖVP ausgearbeitet wurde. Wären die beiden Herren der FPÖ nicht hinausgegangen, hättest du deinen Antrag durchgebracht und es hätte keinen 10er für alle Wimpassinger gegeben. Das Schlimmste ist, dass du meine Worte verwendest. Du bist stolz, dass es dir gelungen ist die Betriebe sichtbar zu machen und zu verbinden. Das war unser Anliegen und ihr wart dagegen. Dies ist eine verzerrte Form der Darstellung. Ich habe jeglichen Respekt verloren. Das hat keine Handschlagqualität, keine Fairness und keine Ehrlichkeit.

Bgm. Edelmann nimmt dies zur Kenntnis.

GR Weiss möchte den Punkt „verzerrte Darstellung“ ansprechen. Er spricht GR Pöschl an. Ich habe herausgesucht, wie du gesagt hast, dass du zu keiner Bauausschusssitzung eingeladen wurdest. Hiermit folgt die Stellungnahme, damit diese Beschuldigungen nicht mehr vorkommen.

„Zu den schon öfters bewusst? Oder wegen Erinnerungslücken? getätigten Aussagen, zuletzt bei der GR Sitzung am 29.09.2021 (ca. 19.45) während der Sitzungsunterbrechung von Fr. GR Pöschl.

Sie wurden zu keiner KiGA-Bauausschuss weder vom Vorsitzenden des Kiga-Ausschuss GR Nigischer oder von der Amtsleitung eingeladen, möchte ich nachfolgende Anmerkung machen.

Zur Erinnerung!

Zu den wöchentlichen Mittwoch um 14. 00 Uhr stattfinden Baugespräche auf der Baustelle gab es keine gesonderte Einladung, da sie regelmäßig stattfanden. Das wurde so von allen beteiligten (Bauleitung, Gewerk, Bauherr) vereinbart.

Im Sinne einer guten Zusammenarbeit würde ich ein paar klärende Worte von GR Pöschl erwarten.“

GR Pöschl weiß, wann sie eingeladen wurde und wann nicht. Sie wäre gerne öfters dabei gewesen.

GR Nigischer weiß, dass er schuld ist.

GR Pöschl verneint, sie hat dies nicht gesagt.

GR Weiss möchte die diversen E-Mails etc. an GR Pöschl übergeben.

GR Pöschl meint, er soll es lassen. Es geht hier um etwas persönliches. Wenn es im Protokoll stehen soll ist es auch okay. Sie weiß, dass sie mehrfach gesagt hat, dass sie gerne eingeladen wäre, jedoch nicht regelmäßig eingeladen wurde.

GR Weiss: Verlest die Absage einer Sitzung.

GR Pöschl kennt das Absageschreiben. Sie fragt, wie viele Sitzungen stattgefunden haben. Soweit sie weiß, fanden alle zwei Wochen die Sitzungen statt.

GR Weiss verlest weitere Whats App Nachrichten bzgl. den Sitzungen. Hier haben GR Blümel und GR Artner-Lavender abgesagt. Er sagt, dass es so mit der Mitarbeit aussieht.

GR Artner-Lavender fragt, was dies jetzt wird.

GR Pöschl fragt, was diese Chataufrollungen jetzt sollen. Das ist lächerlich. Das ist eine öffentliche Sitzung.

GR Ackerbauer meint, dies sind persönliche Befindlichkeiten.

Vzbgm. Menitz meint, wenn man in die Vergangenheit zurückgeht – es hätte keinen Sinn.

GR Pöschl zu Bgm.Edelmann: Es ist nicht das erste Mal. Wenn ich an die Teststraße denke – da wart ihr dagegen. Du hast mir damals schriftlich mitgeteilt, dass ich keinerlei Unterstützung bekomme und die Gemeinde darf keine Kosten und Mühen haben. Das Papier und das Internet haben die Gemeinde bezahlt. Den Rest habe ich bezahlt. Außer die Personalkosten, diese wurden vom Land getragen. Aber schön eine Aussendung machen und zu schreiben, wir haben eine Teststraße. Das ist das, was ich dir aufzeigen möchte. Es geht mir Ehrlichkeit und Fairness. Wenn das nicht mehr Platz hat in einer kleinen Gemeinde, wenn Handschlagqualität nicht mehr zählt, dann wird es persönlich. Das war mir wichtig, dies in einer Gemeinderatsitzung zu sagen.

Bgm. Edelmann bittet um weitere Wortmeldungen.

GR Pöschl fragt, wie viele Mitarbeiter ins neue Lohnschema umsteigen möchten. (EUR 1.700,00 netto)

VB Leitgeb sagt, dass das noch nicht abgeschlossen ist. Die Frist endet mit 03.01.2022. Sie hätte es jedoch gerne in den nächsten Wochen erledigt. Es fehlen noch Mitarbeiter, die derzeit im Krankenstand sind.

GR Pöschl: Des Weiteren geht es um ein Spielgerät für den Generationenpark. Ich habe darum gebeten dies im Vorstand zu besprechen, weil der Generationenpark noch roh ist und ein Bagger vor Ort wäre. In der letzten Sitzung haben wir gehört, dass Spielgeräte für den oberen Spielplatz angeschafft wurden. Wir erinnern uns, dass wir beim Verkauf des Spielplatzes der Buchengasse beschlossen haben, den Betrag aufzuteilen. Eine Hälfte soll für den oberen Spielplatz und die andere Hälfte für den Generationenplatz reserviert werden. Ich habe Kostenvoranschläge eingeholt, die ich gerne an die Gemeinderäte versenden kann. Es wäre jetzt sinnvoll, die Vorbereitungen für das Spielgerät am Generationenplatz zu treffen, da noch alles roh ist. Es wäre schuldbürgerhaft, wenn man den Park fertigmachen würde und danach der Bagger einen Fallschutz machen müsste etc. Darum ist es meine Bitte, dass dies noch einmal überdacht wird. Ich weiß, dass man im Gemeinderat finanziell nichts machen kann, aber diesen Betrag kann der Bürgermeister alleine entscheiden. Das Geld für dieses Gerät ist reserviert. Es wäre laut Firmen jetzt noch möglich. Es wurde auch mit den Firmen gesprochen und es würde mit den anderen Spielgeräten zusammenpassen. Ein Angebot beläuft sich auf EUR 14.000,00 und ein weiteres auf EUR 19.000,00. Es sind EUR 20.000,00 für die Spielgeräte reserviert. Es wäre die Hälfte des Verkaufspreises des Spielplatzes der Buchengasse.

Bgm. Edelmann fragt, ob es weitere Wortmeldungen gibt.

Vzbgm. Menitz: Morgen steht wieder Allerheiligen und Allerseelen vor der Tür. Es kommt wieder der Friedhofbesuch. Es würde uns interessieren, was sich seit der letzten Sitzung bzgl. der Friedhofstiege getan hat. Bei der letzten Sitzung wurde über Zeitpläne gesprochen, welche einzuhalten wären. Es würde mich interessieren, wo wir derzeit stehen, da mich bestimmt viele Leute darauf ansprechen werden.

Bgm. Edelmann: Herr Dipl-Ing Gerbl hat den Auftrag bekommen, entsprechende Angebote einzuholen. Wir haben bei der Dorferneuerung entsprechende Förderanträge eingereicht. Es sind noch ein paar Kleinigkeiten nachzureichen und die Firmen werden beauftragt. Ich hoffe bei einer der nächsten Vorstandssitzungen entsprechend, Bauaufgaben vergeben zu können.

GR Pöschl: Beim letzten Prüfungsausschuss wurde von Frau Mayer gesagt, dass wir bereits EUR 40.000,00 an Fördergelder dafür bekommen haben.

GR Pöschl sagt, dass der Bürgermeister gesagt hat, es wird mit dem Kirchenbeirat ein Termin stattfinden. Hat der Termin bereits stattgefunden?

Bgm. Edelmann: Nein.

GR Pöschl fragt, wann dieses Projekt abgeschlossen und fertiggestellt wird.

Bgm. Edelmann sagt, dass er das Projekt so schnell wie möglich abschließen möchte.

GR Pöschl: In Arbeit, wie alles die letzten 4 Jahre.

Vzbgm. Menitz sagt, dass es der ÖVP wichtig ist einen Zeitrahmen zu bekommen. Dieses Projekt wird bereits seit 2 Jahre geschoben.

Bgm. Edelmann ist es ebenfalls wichtig. Er fragt, ob es weitere Wortmeldungen gibt. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 15.12.2021 statt.

GR Pöschl fragt, ob es zum Thema Black-Out etwas gibt.

GR Nigischer: Wir sind gerade dabei, die finanzielle Planung zu gestalten und Budgetär reservieren zu können. Man muss schauen wie viel Geld im ersten Schritt investiert werden kann und welche Bereiche damit abgedeckt werden können. Es gab bereits einen Termin. Der nächste Termin findet demnächst statt.

GR Pöschl fragt, warum von der ÖVP niemand eingeladen wird.

GR Nigischer berichtet, dass bis jetzt niemand von der ÖVP gekommen ist.

GR Pöschl meint, dass sie GR Ackerbauer ein Mail bezüglich der Nachnominierung geschrieben hat. GR Pöschl ist anstatt Frau Heinbach im Arbeitskreis.

GR Nigischer sagt, dass die ÖVP bei der Bildung des Arbeitskreises eingeladen war, jedoch ist keiner gekommen.

Vzbgm. Menitz sagt, GR Pöschl wäre für diese Stelle nachnominiert worden. Sie wussten nicht, was danach gemacht werden muss.

GR Pöschl sagt, sie hätte GR Ackerbauer per E-Mail darüber informiert. Sie dachte GR Ackerbauer muss verständigt werden. Sie fragt, ob GR Nigischer zuständig ist. Sie kann gerne das E-Mail suchen und erneut an GR Nigischer senden.

GR Ackerbauer sagt, es ist mühevoll.

GR Pöschl meint, dass es mühevoll ist, weil keine Zusammenarbeit vorhanden ist.

GR Ackerbauer: Bei diesem Thema benötigt man nicht 5 Personen.

GR Pöschl fragt, ob es jetzt nur zwei Fraktionen planen.

GR Ackerbauer verneint. Jedoch haben sie sich diesem Thema bereits angenommen. Bei den Einzelheiten und Feinheiten kommen natürlich auch die anderen Mitglieder dazu. Es wird auch alles dargestellt werden. Fakt ist, wie die Situation in Wimpassing ist. Dies ist jedoch nicht so einfach.

GR Pöschl glaubt dies. Es war jedoch so vereinbart.

GR Ackerbauer: Es muss jetzt ein Bild über die Einrichtung von Hotspots etc. geschaffen werden. Dies ist nicht so einfach. Nach der Präsentation kann man ja vereinbaren, wer noch hinzukommen möchte und wer nicht.

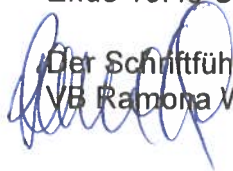
Bgm. Edelmann bedankt sich.

GR Weiss bittet um die Nachbesetzung eines Seniorenbeirates.

Vzbgm. Menitz bedankt sich für die Erinnerung.

Bgm. Edelmann bedankt sich bei den Gemeinderäten und schließt die Sitzung.

Ende 10:49 Uhr


Der Schriftführer:
VB Ramona Wady

Die Beglaubiger:
Teresa Artner-Lavender
Gerald Nigischer


Der Bürgermeister:
Ernst Edelmann


T. Artner

